



Pressemitteilung
Luxemburg, den 10. Mai 2022

EU-Prüfer nehmen Europas hochgesteckte Ziele beim Ausbau der Batterieproduktion unter die Lupe

Der Europäische Rechnungshof wird prüfen, wie wirkungsvoll die Europäische Kommission bei der Entwicklung einer weltweit wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wertschöpfungskette für Batterien in der EU gehandelt hat und ob die EU-Förderung durch die in den Mitgliedstaaten umgesetzten Projekte maximale Wirkung entfalten konnte. Die Prüfung erfolgt vor dem Hintergrund einer bis 2025 erwarteten deutlichen Zunahme der Batterieproduktion in Europa, wodurch die EU nach China zum zweitgrößten Batteriehersteller der Welt aufsteigen dürfte. Die Steigerung der nachhaltigen Batterieproduktion in der EU werde nicht nur die Umstellung auf saubere Energie erleichtern, sondern sie werde auch entscheidend sein für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Autoindustrie und die Verringerung ihrer Abhängigkeit von ausländischen Batterielieferanten, so die Prüfer in ihrer heute veröffentlichten Vorschau. Auch ein sicherer Zugang zu Rohstoffen sei in diesem Zusammenhang für die EU von allergrößter Bedeutung.

"Batterien sind für die Rolle Europas als wichtiger industrieller Akteur und Vorreiter bei der Energiewende sowie für seine strategische Autonomie von großer Bedeutung", so Annemie Turtelboom, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Wir werden prüfen, ob die EU-Maßnahmen dazu führen, dass in Europa deutlich mehr Batterien hergestellt werden, und ob sie zu einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wertschöpfungskette beitragen."

Um in Europa bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, hat die Kommission die nachhaltige Entwicklung und Herstellung von Batterien zu einer strategischen Notwendigkeit erklärt. Sie hat in den letzten Jahren viel Geld in diesen Bereich investiert und wird dies voraussichtlich auch künftig tun. Bis 2025 werde sich die Batterieproduktion in Europa im Vergleich zu 2020 wohl fast verzehnfachen, und zwar von 44 GWh (6 % der weltweiten Kapazität) auf 400 GWh. Damit verbunden seien die Schaffung von 800 000 Arbeitsplätzen sowie ein Marktvolumen von rund 250 Milliarden Euro pro Jahr. Um dieses schnelle Wachstum, das vor allem auf die gestiegene Nachfrage nach Elektroautos zurückzuführen sei, weiter anzukurbeln, werde die EU für einen stabilen Zugang zu Rohstoffen sorgen müssen. Kritische Materialien wie Lithium, Kobalt und Nickel würden in der EU jedoch nicht in ausreichenden Mengen abgebaut, um den erwarteten

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen der Prüfungsvorschau, die abrufbar ist unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

Nachfrageanstieg aufzufangen. Zudem werde sich das Risiko von Engpässen, das sich durch den Krieg in der Ukraine noch erhöht habe, negativ auf die Batterieproduktion in der EU und damit auf die strategische Autonomie der EU auswirken.

Die Kommission habe sich bemüht, diese Risiken zu mindern, und dabei den Schwerpunkt auf nachhaltige Beschaffung, Diversifizierung der Versorgung und widerstandsfähige Wertschöpfungsketten gelegt. Erste Schätzungen zeigten, dass aus dem EU-Haushalt zwischen 2014 und 2020 mindestens 1,25 Milliarden Euro an Finanzhilfen für Batterieprojekte und weitere 500 Millionen Euro in Form von Darlehensgarantien bereitgestellt worden seien. Im Rahmen von "Horizont Europa", dem Vorzeigeprogramm der EU für Forschung und Innovation, seien für den Zeitraum 2021-2027 Mittel in Höhe von 925 Millionen Euro vorgesehen. Etappenziele und Vorgaben für den Ausbau der Batterieproduktion seien auch in einigen der so genannten nationalen Resilienz- und Aufbaupläne enthalten.

Die Prüfer werden Strategie und Ziele der Kommission hinsichtlich der Wertschöpfungskette für Batterien unter die Lupe nehmen und untersuchen, ob sie mit den übergeordneten EU-Strategien der Klimaneutralität und nachhaltigen Mobilität im Einklang stehen. Ferner werden sie prüfen, ob die Kommission geeignete und wirksame Maßnahmen ergriffen hat, um in der überwiegend von der Industrie geprägten Branche Einfluss zu nehmen; es wird dabei um die Frage gehen, in welcher Form die EU-Förderung zwischen 2014 und 2020 geflossen ist und welche Ergebnisse bisher erzielt wurden. Darüber hinaus werden die Prüfer sich vor Ort in Deutschland, Spanien, Frankreich, Polen und Schweden (Länder, in denen die am stärksten mit EU-Geldern geförderten Batterieprojekte durchgeführt werden) sowie in Portugal (das Land mit den größten bekannten Lithiumreserven in Europa) ein Bild von der Lage verschaffen.

Hintergrundinformationen

2018 befanden sich nur etwa 3 % der weltweiten Produktionskapazitäten von Lithium-Ionen-Batteriezellen – der für Elektroautos derzeit technologisch besten Option – in der EU. Rund 66 % waren in China und 20 % in Südkorea, Japan und anderen asiatischen Ländern angesiedelt. Die Wertschöpfungskette für Batterien umfasst mehrere Stufen: von der Gewinnung und Verarbeitung der Rohstoffe über die Herstellung und Montage der Batteriezellen bis hin zum Recycling oder zur Zweitnutzung der Batterien. 2018 veröffentlichte die Kommission einen strategischen Aktionsplan zur Unterstützung des Aufbaus einer Wertschöpfungskette für Batterien in Europa. 2020 schlug sie vor, die EU-Richtlinie über Batterien und Altbatterien aus dem Jahr 2006 – nach wie vor die einzige EU-Rechtsvorschrift, die ausschließlich diesem Thema gewidmet ist – durch eine Verordnung zu ersetzen, die demnächst vom Europäischen Parlament und vom Rat verabschiedet werden soll.

Die Prüfungsvorschau 02/2022 "Becoming the world's second largest battery producer" (Auf dem Weg zum zweitgrößten Batteriehersteller der Welt) ist auf der [Website des Hofes](#) in englischer Sprache abrufbar. Prüfungsvorschauen stützen sich auf vorbereitende Arbeiten im Vorfeld einer Prüfung. Es handelt sich dabei nicht um Prüfungsbemerkungen, -schlussfolgerungen oder -empfehlungen. Der Bericht soll in etwa in einem Jahr veröffentlicht werden.

Pressekontakt

Pressestelle des Hofes: press@eca.europa.eu

- Damijan Fišer: damijan.fiser@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 621 552 224
- Claudia Spiti: claudia.spiti@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 553 547
- Vincent Bourgeais: vincent.bourgeais@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 551 502